

Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen



45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 21.11.2020
Tagesordnungspunkt: GSP-L Lebensgrundlagen schützen

Antragstext

1 Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

2 Klima und Energie

3 (53) Nach dem fossilen Zeitalter beginnt das ökologische Zeitalter. War der Fortschritt der
4 Moderne bislang angetrieben von Kohle, Öl und Gas und verlagerte er seine sozialen und
5 ökologischen Kosten zu großen Teilen in andere Weltregionen und in die Zukunft, geht es beim
6 Fortschritt heute darum, die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren sowie den
7 gegenwärtigen und kommenden Generationen weltweit ein Leben in Freiheit, Würde und
8 Wohlstand
9 zu ermöglichen. Je entschiedener wir handeln, umso mehr Freiheiten und Alternativen haben
10 wir in den kommenden Jahrzehnten.

11 (54) Im ökologischen Zeitalter ist das Prinzip der Nachhaltigkeit leitend. Die natürlichen
12 Ressourcen dürfen demnach nur in dem Maße genutzt werden, wie sie sich auch wieder
13 erneuern
14 können. Das gilt für Technologien, Wirtschaftsweisen, für den privaten Verbrauch und Konsum.
15 Konkret bedeutet das: Politische Entscheidungen müssen daran gemessen werden, ob ihre
16 Folgen
17 mit der Einhaltung der planetaren Grenzen vereinbar sind.

18 (55) Wir leben in Zeiten der Klimakrise. Der Anstieg der Meeresspiegel bedroht das Leben an
19 den Küsten. Trockenheit und Wüstenbildung zerstören Lebensräume von Mensch und Tier.
20 Hitzesommer und Wetterextreme sorgen für extreme Schäden und nehmen lebensbedrohliche
21 Ausmaße an, insbesondere im globalen Süden. Immer mehr Menschen müssen ihr Zuhause
22 verlassen. Es ist Aufgabe der Menschheit, die Katastrophe so weit wie möglich zu verhindern.

23 (56) Zentrale Grundlage unserer Politik ist das Klimaabkommen von Paris sowie der Bericht
24 des
25 Weltklimarates zum 1,5-Grad-Limit, der verdeutlicht, dass jedes Zehntelgrad zählt, um das
26 Überschreiten von relevanten Kipppunkten im Klimasystem zu verhindern. Es ist daher
27 notwendig, auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Dafür ist unmittelbares und substanzielles
28 Handeln in den nächsten Jahren entscheidend. Mehr erneuerbare Energien zu nutzen, ist nicht
29 nur günstiger und nachhaltiger, sondern führt auch schneller zu europäischer
30 Klimaneutralität – die deutlich vor Mitte des Jahrhunderts erreicht werden muss.

31 (57) Maßstab erfolgreicher Klimapolitik ist der globale Budget-Ansatz. Er zeigt auf, wie
32 viele Treibhausgasemissionen insgesamt weltweit noch ausgestoßen werden dürfen, um das
33 Pariser Klimaabkommen einzuhalten. Industriestaaten wie Deutschland als historisch größte
34 Verursacher von Treibhausgasen haben eine besondere Verantwortung und müssen deshalb
35 eine

32 Führungsrolle bei der Dekarbonisierung einnehmen. Jede zusätzliche von ihnen ausgestoßene
33 Tonne CO₂ ist ein bei Ländern des globalen Südens und bei nachfolgenden Generationen
34 aufgenommenem Kredit. Daraus folgt die Notwendigkeit, jeden Tag konkret zu handeln.

35 (58) Der Übergang zu 100 Prozent erneuerbaren Energien und der Ausstieg aus fossilem Gas, Öl
36 und Kohle sind die Schlüsselaufgaben des Klimaschutzes. Eine schnelle und konsequente
37 Dekarbonisierung modernisiert zugleich Wirtschaft und Industrie und sichert so
38 gesellschaftlichen Wohlstand und Arbeitsplätze. Um alle Wirtschaftsprozesse zu
39 dekarbonisieren, müssen die Erneuerbaren massiv ausgebaut werden sowie effizient und
40 wirtschaftlich zwischen den Sektoren Strom, Wärme, Verkehr, Industrie und Landwirtschaft
41 über
42 Netze, Speicher und erneuerbare Energieträger gekoppelt werden.

43 (59) Der Einsatz moderner Technologien ermöglicht Klimaneutralität. Die Aufgabe von Politik
44 ist es daher, den Einfallsreichtum der Menschen zu aktivieren, um geeignete Technologien zu
45 entwickeln und clever zu nutzen. Technologische Lösungen müssen immer dem Vorsorgeprinzip
46 folgen und Maßgaben zur Rückholbarkeit unterliegen, denn großtechnische Eingriffe in das
47 Klimasystem bergen unkalkulierbare Risiken. Bei der Abwägung
48 von Nutzen und Schäden müssen also die mögliche Umkehrbarkeit sowie die Eingriffstiefe
49 berücksichtigt werden. Technologien werden grundlegende Veränderungen und schnelles
Handeln
50 nicht ersetzen, sondern nur ergänzen können. Ebenso sind Negativemissionen kein Ersatz für
51 Emissionsreduktionen.

52 (60) Die Digitalisierung kann einen Beitrag für den Klimaschutz leisten. Über moderne
53 Technik und Preissignale ermöglicht sie es,
54 eine schwankende erneuerbare Produktion eng mit dem Verbrauch zu verzahnen. Das Potential
55 der Digitalisierung für Ressourceneffizienz und
56 sparsamen Energieverbrauch soll bestmöglich gefördert werden. Die Digitalisierung selbst
57 muss mit Maßnahmen flankiert werden, die den Ressourcenverbrauch begrenzen, Rebound-
Effekte
58 vermeiden und Suffizienz unterstützen. Maßstab sind die planetaren Grenzen.

59 (61) Eine dezentrale Versorgung mit erneuerbaren Energien in vielfältiger Besitzstruktur ist
60 krisenfester als ein Energiesystem, das auf zentralen Großkraftwerken beruht. Gleichzeitig
61 lässt sich die lokale und regionale Versorgung durch erneuerbare Energien mittels einer
62 europaweiten Vernetzung optimieren. Die europäische Energieunion soll die Stärken der
63 vielfältigen erneuerbaren Energien miteinander verbinden. Dabei können Solarenergie und
64 Onshore-Windkraft in ganz Europa genutzt werden, Geothermie und Wasserkraft zum Beispiel
in
65 Skandinavien und den Alpen, Offshore-Windkraft im Atlantik, im Mittelmeer und in Nord- und
66 Ostsee. Dies gelingt, wenn entscheidende Akteur*innen, wie Bürger*innen, Kommunen, aber
auch
67 regionale Unternehmen und das Handwerk aktiv zur Energiewende beitragen – zugleich können
68 sie dadurch
69 einen unmittelbaren Nutzen haben.

70
71 (62) Bei Infrastrukturen wie Strom- und Gasleitungen, die natürliche Monopole

72 darstellen, hat die öffentliche Hand eine besondere Verantwortung. Entsprechend soll ihr
73 Anteil bei künftigen Investitionen erhöht werden.

74 (63) Es braucht eine vorausschauende Energieaußenpolitik auch über Europa hinaus. Sie hilft
75 weltweit bei der Dekarbonisierung, plant und organisiert den Übergang zu neuen Energie- und
76 Handelsflüssen und sichert noch notwendige Energieimporte. Zusätzlich hilft eine
77 Energieaußenpolitik auf Augenhöhe mit den Partnerländern beim Aufbau der entsprechenden
78 Strukturen für deren eigene Energiewende und anschließend für den Export. Sie stellt
79 außerdem sicher, dass die importierte Energie nachhaltig und unter sozial gerechten
80 Bedingungen
81 erzeugt wurde.

82 (64) Um die Klimakrise zu bewältigen, ist es weder notwendig noch vertretbar, zur Atomkraft
83 zurückzukehren. Diese Hochrisikotechnologie ist vielmehr eine weltweite existenzielle
84 Bedrohung für Natur, Mensch und Tier. Daher sind alle Anlagen stillzulegen, die einer
85 weiteren Nutzung der Atomkraft im In- und Ausland dienen oder das Material zu einem
86 möglichen Bau von Atombomben produzieren. Statt der Privilegierung der Atomkraft im
Euratom-
87 Vertrag sollten erneuerbare Energien gefördert werden. Eine mögliche Energiegewinnung aus
88 Kernfusion kommt zu spät, um in den nächsten Dekaden einen wesentlichen Beitrag zur Lösung
89 der Klimakrise leisten zu können.

90 (65) Jetzt stellt sich die Aufgabe, einen Standort für ein Endlager für den hochradioaktiven
91 Atommüll mit höchstmöglichen Sicherheitsstandards und bei bestmöglichen geologischen
92 Bedingungen zu finden. Bei der Suche auf Basis von wissenschaftlichen Kriterien und mit
93 größtmöglicher Transparenz und Beteiligung der Bevölkerung, ist die gesamtgesellschaftliche
94 Verantwortung vor Eigeninteressen zu stellen. Ebenso müssen die Zwischenlager die höchsten
95 erreichbaren Sicherheitsstandards erfüllen.

96 **Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft**

97 (66) Der Verlust an Biodiversität ist so dramatisch wie die Klimakrise. Schlimmer noch: Die
98 beiden Krisen bedingen sich gegenseitig und können daher auch nur gemeinsam gelöst werden.

99 Die Roten Listen und die planetaren Grenzen müssen als „Barometer des Lebens“ zum
Gradmesser
100 für politische Handlungsleitlinien werden, denn die biologische Vielfalt sichert das Leben
101 auf dem Planeten. Ökologischer Landbau, die Ökologisierung der konventionellen
102 Landwirtschaft, flächensparendes Planen und Bauen, der Erhalt wertvoller Lebensräume, mehr
103 Schutzgebiete und Biotop sowie mehr Wildnis und freie Natur an Land, in
104 Flüssen, Seen und Meeren sind als wirksamer Schutz für Artenvielfalt und Umwelt zu
105 betreiben und zu fördern. Insbesondere die Weltmeere sind durch Versauerung, Überhitzung
und
106 Überfischung massiv bedroht. Als größte Sauerstoffproduzenten müssen sie durch wirksame
107 Meeresschutzgebiete, umweltgerechte Land- und Fischereiwirtschaft geschützt werden.

108 (67) Das Vordringen des Menschen in die letzten, noch nicht zerstörten natürlichen Gebiete
109 und die grenzenlose Aneignung von Umwelt und Tierwelt zum Verbrauch oder Verzehr
gefährden
110 nicht nur die Natur, sondern auch die menschliche Gesundheit. Sogenannte zoonotische

111 Krankheiten können fatale gesellschaftliche Folgen haben. Der Schutz von Ökosystemen trägt
112 auch dazu bei, Seuchen und Pandemien zu verhindern. Bei Eingriffen in die Natur müssen
113 nicht-verantwortbare Risiken, wie die Ausrottung ganzer Populationen oder Arten durch
114 gentechnische Methoden, ausgeschlossen werden.

115 (68) Damit Wälder, Moore und Auen ihren unverzichtbaren Beitrag zur Sicherung der
116 Biodiversität, zur Grundwasserneubildung und zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes leisten
können,
117 müssen Wiederbewaldung und Waldumbau - weg von Monokulturen und hin zu naturnahen,
118 klimaresilienten Mischwäldern - nach ökologischen Kriterien beschleunigt werden. Zugleich
119 ist es dringend nötig, die Trockenlegung von Mooren zu stoppen, ihre Wiedervernässung und
120 die Auenrenaturierung zu fördern. Denn Naturschutz ist Klimaschutz.

121 (69) Artenschutz erfordert den Schutz von Lebensräumen und mehr Wissen. Ziel ist der Auf-
122 und Ausbau eines vernetzten Verbundes von Schutzflächen sowie eine naturgerechte Land- und
123 Waldwirtschaft. Das Vollzugsdefizit im Natur-, Umwelt- und Klimaschutz gehört beendet. Die
124 Forschung über die verschiedenen Arten, ihre Bestandssichtung und ihr Zusammenspiel im
125 Ökosystem soll gefördert und digital unterstützt werden, denn geschätzt sind heute weniger
126 als ein Viertel aller Arten bekannt. Intensivierte Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit
127 erhöht das Bewusstsein für die Bedeutung des Artenschutzes und den respektvollen Umgang
mit
128 der Natur. Zum Schutz von Arten gehört es auch, den kommerziellen Wildtierhandel und die
129 Trophäenjagd effektiv zu unterbinden.

130 (70) Ein Ende der Verschmutzung der Erde mit Luft- und Wasserschadstoffen, Plastik, Müll,
131 giftigen Chemikalien und Pestiziden ist essenziell für Umwelt-, Gesundheits- und
132 Klimaschutz. Leitlinien für die Regulierung von Umweltverschmutzungen sind das Vorsorge- und
133 das Verursacherprinzip. Abfall darf nicht in andere Länder ohne strenge und
134 kontrollierbare Umweltschutzaufgaben ausgelagert werden. Schadstoffe sollen nicht Teil von
135 Produkten und Produktionsverfahren sein, da sich ihre Umweltauswirkungen nachträglich in der
136 Regel nur unvollständig und zu hohen Kosten begrenzen lassen. Vorrang hat daher der Ersatz
137 umweltschädlicher durch umweltverträgliche Produkte und Produktionsverfahren mittels
138 entsprechender Gebote, starker Anreize und gesetzlicher Regelungen.

139 (71) Um den Raubbau an der Natur zu beenden, muss der absolute Verbrauch von natürlichen
140 Ressourcen substanziell und rasch reduziert werden. Dies gilt auch für Ressourcen, die
141 importiert werden. Die Achtung der planetaren Grenzen bedeutet, dass Wohlstand und
142 Lebensqualität so weit wie möglich vom Ressourcenverbrauch entkoppelt und Ressourcen in
eine
143 vollständige Kreislaufwirtschaft überführt werden.

144 (72) Eine zukunftsfähige Landwirtschaft arbeitet mit der Natur. Die wachsende Abhängigkeit
145 von Weltmärkten mit engen, schuldengetriebenen Produktionszwängen und wenigen
Großkonzernen,
146 von Pestiziden und Saatgutpatenten gehört beendet. Es darf keine Patente auf Pflanzen und
147 Tiere sowie deren genetische Anlagen geben. Die Zukunft gehört einer klimafreundlichen,
148 kreislauforientierten und regional verwurzelten Landwirtschaft, die altes Erfahrungswissen
149 mit modernen agrarökologischen Anbaumethoden, digitalen Anwendungen und nachhaltigem
150 Wassermanagement kombiniert. Diese vielfältige Landwirtschaft produziert nicht für Märkte,

151 sondern für Menschen, die ein Recht auf sichere, gesunde und nachhaltige Lebensmittel haben.
152 Sie arbeitet ressourcenschonend, naturverträglich und orientiert sich am Leitbild der
153 ökologischen Landwirtschaft mit ihren Prinzipien Tiergerechtigkeit, Gentechnikfreiheit und
154 Freiheit von synthetischen Pestiziden. Eine solche Landwirtschaft steht für den Erhalt einer
155 vielfältigen Kulturlandschaft und die Vielfalt von Anbausystemen, Nutztierassen und
156 Pflanzensorten. Die Weidetierhaltung verdient dabei eine besondere Förderung, da sie das
157 ökologisch wertvolle Grünland erhält und sinnvoll nutzt. Der notwendige Wandel hin zur
158 zukunftsfähigen Landwirtschaft gelingt nur zusammen mit den Bäuerinnen und Bauern.

159 (73) Jeder Mensch hat das Recht auf bezahlbare, gesunde und ausreichende Nahrung. Es muss
160 dafür Sorge getragen werden, dass Klima und Umwelt bei der Lebensmittelherstellung geschont

161 werden, gesunde Lebensmittel produziert und damit insbesondere Kinder vor
162 ernährungsbedingten Krankheiten geschützt werden. Zugleich müssen faire Arbeits- und
163 transparente Produktionsbedingungen in der Lieferkette herrschen.

164 (74) Die Sicherung und Versorgung mit Nahrungsmitteln ist ein hohes Gut. Der Landwirtschaft
165 gebührt Anerkennung, dass sie dies gewährleistet. Im Sinne der globalen
166 Ernährungssouveränität gilt es, bäuerliche Strukturen zu stärken, Landgrabbing und
167 Bodenspekulation durch Großinvestoren - in Ländern des globalen Südens wie auch bei uns - zu
168 unterbinden sowie regionale Wertschöpfungsketten und solidarische Systeme zu fördern.
169 Die Exportorientierung der Landwirtschaft zulasten anderer Regionen muss abgebaut
170 werden. Ziel ist, dass Bäuer*innen einen Ausweg aus dem System des „Wachse oder Weiche“
171 erhalten. Dazu gehört auch, dass sie für ihre vielfältigen Gemeinwohlleistungen gezielt
172 entlohnt werden.

173

174 **Tierschutz**

175 (75) Tiere sind fühlende Lebewesen, sie haben Rechte und dürfen nicht zu Rohstofflieferanten
176 oder Unterhaltungsobjekten degradiert werden. Wo immer ihr Wohlergehen aufgrund
177 menschlichen

178 Handelns in Gefahr ist, muss es geschützt werden. Jede Tierhaltung ist an ihren umfassenden
179 Bedürfnissen auszurichten, denn auch Tieren steht ein gutes und gesundes Leben zu. Dafür
180 müssen die entsprechenden politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen
181 werden.

182 Anerkannte Tierschutzorganisationen benötigen als Anwälte der Tierrechte mehr Kompetenzen
183 und mehr Unterstützung.

184 (76) Solange wir Menschen Tiere halten, um sie zu töten und zu essen, müssen wir ihnen
185 ein würdevolles Leben frei von Schmerzen, Angst und Stress ermöglichen - ohne
186 tierquälerische Zucht-, Haltungs-, Transport- und Schlachtmethoden. Eine zukunftsfähige
187 Landwirtschaft hat diese Ziele fest in sich verankert. Das bedeutet auch, dass künftig immer
188 weniger Tiere gehalten werden und entsprechend weniger Fleisch konsumiert und exportiert
189 wird. Das ist zugleich essenziell für den Schutz von Klima, Umwelt und Biodiversität und
190 einen fairen Handel mit den Ländern des globalen Südens. Auch durch eine neue
191 Ernährungspolitik und die gezielte Förderung pflanzlicher Alternativen sinkt der Konsum von
192 tierischen Produkten. Tierversuche sollen nach einem Ausstiegsplan konsequent reduziert und
193 durch innovative Forschungsmethoden ohne Tiere ersetzt werden.

192 **Mobilität**

193 (77) Jeder Mensch hat das Recht auf Mobilität. Sie ermöglicht Freiheit und Teilhabe und ist
194 Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie muss sich an den menschlichen Bedürfnissen
195 orientieren, vollständig barrierefrei gestaltet sein und zugleich die planetaren Grenzen
196 wahren. Eine sozial-ökologische Politik schafft die Mobilitätswende und garantiert allen
197 Menschen nachhaltige Mobilität. Sie sorgt für bessere Luft, weniger Verkehrslärm und stärkt
198 die Sicherheit. Ziel ist ein Straßenverkehr, in dem keine Menschen mehr sterben. Dazu
199 braucht es strenge Geschwindigkeitsbegrenzungen, auch auf Autobahnen.

200 (78) Die öffentliche Förderung der einzelnen Verkehrsmittel ist in Zukunft am ökologischen
201 Fußabdruck auszurichten. Zugleich müssen die einzelnen Verkehrsträger für ihre jeweiligen
202 Umweltkosten aufkommen. Statt immer neue Straßen und Autobahnen braucht das Land eine
203 moderne und flächendeckende Infrastruktur für Schienen- und öffentlichen Nahverkehr. Das
204 heißt auch, dass vorhandene Straßeninfrastruktur neu und vernetzt genutzt werden kann.
205 Attraktive Angebote führen zu einer Verkehrsverlagerung. Es gilt das Prinzip: Schiene,
206 Radfahren und Zufußgehen stärken, Straßen- und Luftverkehr dekarbonisieren.

207 (79) Die Mobilität im ökologischen Zeitalter ist vernetzt und digital. Die Verkehrsträger
208 kombinieren ihre Angebote und Verbindungen - ermöglicht von allen Anbietern und auf
209 Grundlage transparenter Programmierungen und Informationen. Der öffentliche Nahverkehr
wird

210 immer stärker öffentlich finanziert, sodass seine Nutzung für alle über niedrige
211 Pauschaltarife bis hin zu Kostenlosangeboten gewährleistet ist. Gleichzeitig muss das
212 Angebot verbessert werden. Verschiedene Mobilitätsformen greifen so nahtlos ineinander und
213 ermöglichen individuelle Mobilität, auch für Menschen mit einer Behinderung oder
214 mobilitätseingeschränkte Menschen. Home-Office, Videokonferenzen und flexibles Arbeiten
215 tragen zusätzlich zur Verkehrsvermeidung bei.

216 (80) In ländlichen Räumen ist die Mobilitätswende am anspruchsvollsten, denn viele Menschen
217 sind dort auf das Auto angewiesen. Deshalb braucht es gerade hier einen verlässlichen Takt
218 bei der
219 ÖPNV-Anbindung. Da, wo weiterhin ein Auto gebraucht wird, wird es künftig emissionsfrei und
220 digital vernetzt sein. Regionale Wirtschaft zu stärken und Menschen bezahlbaren Wohnraum in
221 der Nähe ihres Jobs zu bieten, vermeidet unnötige Wege, Gütertransporte und Pendelwege.
222

223 (81) Der Raum in den Städten wird Stück für Stück neu aufgeteilt. Sichere und
224 barrierefreie Infrastruktur für Fußgänger*innen, Radfahrende und Menschen mit
225 Behinderung sowie ein attraktiver, für alle erschwinglicher und verlässlicher Nahverkehr
226 bilden das Rückgrat einer sozial-ökologischen Mobilität. Insgesamt wird es deutlich weniger
227 Autos und weniger unnötigen Verkehr geben, die Autozentrierung von Verkehrspolitik,
228 Stadtplanung und Gesellschaft gehört der Vergangenheit an. Fahrräder und E-Bikes können
229 Autoverkehr ersetzen und unsere Städte und Dörfer lebenswerter, sicherer und mobiler machen

230 - Radwege und Ladestationen vorausgesetzt. In den Städten gehört die Zukunft der autofreien
231 Innenstadt.

232 (82) Die Verkehrswende in der Stadt und auf dem Land gelingt nur mit einer starken und
233 zuverlässigen Bahn. Das erfordert einen Aus- und Umbau des Nah- und Fernverkehrs, eine
234 getrennte Bewirtschaftung von Infrastruktur und Betrieb und eine erhebliche
235 Angebotsausweitung. Dazu gehören die Anbindung an Regionalzentren auch über

236 Verwaltungsgrenzen und nationale Grenzen hinweg sowie der Ausbau und die Elektrifizierung
237 des Schienennetzes, damit alle größeren Städte angebunden sind.
238 Stillgelegte Bahnstrecken sollen reaktiviert werden. Die europäischen Großstädte sind durch
239 schnelle transnationale Bahnverbindungen, ein komfortables Nachtzugangebot und ein
240 einheitliches europäisches Buchungssystem zu vernetzen. Das sind wesentliche
Voraussetzungen
241 dafür, dass Kurzstreckenflüge sowie viele Regionalflughäfen überflüssig werden und der
242 Flugverkehr – wie klimapolitisch notwendig – merklich zurückgeht.

243

244 (83) Auch der Güterverkehr muss klimaneutral und schadstofffrei werden. Für diese
245 Aufgabe müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, insbesondere die Verlagerung von Straße
246 und Flugzeug auf Bahn und emissionsfreie Schiffe sowie der Umstieg auf alternative
247 Antriebssysteme, der Bau und Ausbau von Oberleitungen auf Straße und Schiene und die
248 Förderung des kombinierten Güterverkehrs Straße-Schiene. Es gilt, durch dezentrale
249 Verteilkonzepte die Städte möglichst frei von Lkw zu bekommen.

250 **Wohnen**

251 (84) Jeder Mensch hat das Recht auf Wohnen. Nur wer ein gesichertes Zuhause hat, kann
252 Freiheit und Teilhabe erleben. Allen dieses Recht zu ermöglichen, ist Teil der öffentlichen
253 Daseinsvorsorge. Eine sozial-ökologische Wohnungspolitik garantiert jedem Menschen ein
254 würdiges Zuhause innerhalb der planetaren Grenzen.

255 (85) Im urbanen Raum zeigen sich die Herausforderungen für die ökologische Gesellschaft wie
256 unter einem Brennglas. Das überholte Leitbild der autogerechten Stadt kostet Lebensqualität
257 und macht krank. Mehr Wohnraum und mehr Platz für Grün und Stadtnatur, städtisches Leben,
258 Freizeit, Begegnungen und Erholung schaffen lebenswerte Städte mit kurzen Wegen, in denen
259 die Menschen gerne wohnen und arbeiten. Das Stadtklima wird verbessert, die
260 Bodenversiegelung minimiert und das Recht auf saubere Luft sichergestellt.

261 (86) Die lebenswerte Stadt der Zukunft ist eine Null-Emissionen-Stadt. Dies gelingt, wenn
262 erneuerbare Energien, saubere Mobilität und klimaneutrales Heizen verbunden werden. Dazu
263 gehören Plus-Energiehäuser, Gebäude, die Solarenergie ernten, begrünte Fassaden und Dächer
264 sowie Gebäude, die mit kreislauffähigen, ökologischen Baustoffen errichtet, modernisiert und
265 gedämmt werden und die vielfältigen erneuerbaren Wärmequellen gemeinsam nutzen. So
tragen

266 die Quartiere der Zukunft aktiv zur klimafreundlichen Stadt bei.

267 (87) Der gesamte Gebäudebestand soll CO₂-neutral geheizt, gekühlt, belüftet und beleuchtet
268 werden. Klimagerechte Energiestandards für Neu- und Altbauten, die den gesamten
Lebenszyklus
269 der Gebäude und Baumaterialien berücksichtigen, sowie Wärme- und Kühlsysteme, die auf
270 erneuerbaren Energien basieren, geben den Weg dahin vor. Zugleich müssen die Städte durch
271 klimagerechte Planung, mehr Grün und ein ausgeklügeltes Wassermanagement
widerstandsfähig

272 gegen Hitze, Dürre, Stürme und Starkregen gestaltet werden. Klimagerechtigkeit bedeutet
273 auch, dass energieeffizientes Wohnen für alle erschwinglich und barrierefrei zur Verfügung
274 steht.

275 (88) Es braucht eine Bauwende, damit das Bauwesen weg kommt vom hohen Rohstoff- und
276 Energieverbrauch und Flächen sparsam einsetzt. Nachwachsende und recycelte Baustoffe sind
277 Grundlage einer Kreislaufwirtschaft. Gebäude werden in Zukunft aus gesunden und
278 klimaneutralen Baustoffen errichtet, instandgesetzt und modernisiert. Die Umnutzung von
279 Bestandsgebäuden sowie die nachhaltige Stadtentwicklung und Gebäudeplanung stellen die
280 Menschen mit ihren Bedürfnissen in den Mittelpunkt und sichern so das Erreichen der
281 verbindlich vereinbarten Nachhaltigkeits- und Klimaziele.

282 **Soziales und Ökologie**

283 (89) Der Übergang in das ökologische Zeitalter muss mit einem gestärkten sozialen
284 Zusammenhalt und mehr Gemeinwohlorientierung einhergehen. Bei allen Maßnahmen des
Übergangs
285 gilt es, auf den sozialen Ausgleich zu achten, zum Beispiel in Form finanzieller
286 Kompensationen. Je schneller und verlässlicher der notwendige Umbau weg von den fossilen
287 Energien angegangen wird, umso besser können abrupte Brüche vermieden werden.

288 (90) Es muss sichergestellt werden, dass alle Menschen Zugang zu essenziellen Gütern der
289 Daseinsvorsorge wie Wohnen, Wasser, Strom, gesunder Ernährung, Mobilität und
290 Breitbandanschluss haben. Deshalb müssen sozialstaatliche Garantien immer mit Blick auf
291 Preisänderungen angepasst werden. Und es braucht eine
292 Daseinsvorsorge, die es den Menschen ermöglicht, klimaneutral zu leben. Investitionen in
293 eine solche Daseinsvorsorge tragen zu sozialer Gerechtigkeit und Klimaschutz bei.

294 (91) Die vor uns liegende sozial-ökologische Transformation bietet viele Chancen für neue
295 Arbeitsplätze. Zugleich bedeutet der Übergang massive Veränderungen für diejenigen, die
296 bisher in von fossilen Energieträgern geprägten Industrien arbeiten. Es braucht eine
297 vorausschauende Industriepolitik, um möglichst viele Arbeitsplätze über den Wandel hin zu
298 grünen Technologien und Produkten zu erhalten und neue zu schaffen. Gleichzeitig ist es
299 Aufgabe der Gesellschaft, den betroffenen Menschen Beteiligung an den
300 Transformationsprozessen sowie eine Perspektive auf gute Beschäftigung und umfassende
301 Möglichkeiten zu beständiger Fort- und Weiterbildung zu eröffnen.

302 (92) Subventionen in umwelt- und klimaschädliche Produktionsweisen und Produkte
untergraben
303 den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Industrie. Es gilt daher, diese zu beenden und das
304 Geld stattdessen zukunftsfähig einzusetzen.

305 (93) Eine Politik, welche die ökologischen Kosten der Produktion in den Preisen abbildet,
306 ist ökonomisch effizient, sie kann aber auch zu sozialen Schieflagen führen. Deswegen gilt
307 es, Preispolitik - auch einen anzustrebenden transnationalen CO₂-Preis - immer mit Maßnahmen
308 zu kombinieren, die zu mehr Verteilungsgerechtigkeit führen. Indem die Einnahmen aus
309 ökologisch lenkenden Instrumenten an die Bürger*innen zurückfließen, werden Umweltschutz,
310 Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit miteinander verbunden.

311 (94) Die Kosten des Übergangs sollen gerecht und solidarisch getragen werden. Dem Staat
312 kommt hier eine relevante Aufgabe zu. Den Weg zu einer klimagerechten Gesellschaft nicht zu
313 gehen, würde noch wesentlich mehr kosten.

314 (95) Kapitalströme müssen in nachhaltige Aktivitäten umgelenkt werden. Im Rahmen von
315 Divestment wird auf den Finanzmärkten nicht mehr in Kohle, Öl und Gas investiert, sondern in

316 erneuerbare Energie, emissionsfreie Mobilität, Gesundheit und grüne IT. Der Staat und die
317 öffentliche Hand müssen hierbei vorangehen, indem sie Transparenz gewährleisten und ihre
318 Anlagestrategien an den Pariser Klimazielen und an sozial-ethischen Kriterien orientieren.

319 (96) Die gesellschaftliche Transformation hin zu Klima- und sozialer Gerechtigkeit braucht
320 Pionier*innen. Menschen, die es anders machen wollen, die in ihrem gemeinwohlorientierten,
321 unternehmerischen oder in ihrem privaten Handeln neue Maßstäbe setzen. Sie gilt es zu
322 unterstützen, statt ihnen Steine in den Weg zu legen.

323 (97) Es ist Aufgabe der Politik, bessere Regeln zu schaffen, nicht den besseren Menschen.
324 Sinnvolle Umweltpolitik begnügt sich nicht mit Appellen, sondern setzt klare Regeln und
325 vollzieht diese. Sie fördert neue Technologien und investiert in neue Infrastrukturen.